

Mißlungenes Wahlmanöver der Reformisten im DFB

Die Opposition auf dem Wirker-Kongress in Thalheim stark vertreten — Die Arbeiter für den Kampf um den Achtstundentag und höhere Löhne — Die reformistischen Führer für die Schlichtungsdiktatur der Unternehmer

Nach Thalheim, jenem Orte, der das Zentrum der gewaltigen Strumpfwebereispezialität vom Jahre 1908 war, hatte der Vorstand des Textilarbeiterverbandes am vergangenen Sonntagabend und Sonntag den Kongress der Wirker, Strider und Trifotagenarbeiter und -arbeiterinnen Deutschlands einberufen.

Am Sonntagabend fand unter Teilnahme der etwa 500 Delegierten eine von gewaltigen Kampflust getragene Demonstration für den Achtstundentag statt. Es wurden

nur rote Fahnen

mitgeführt. Darunter die mit dem Sowjetstern geschmückten Banner der kommunistischen Partei und des kommunistischen Jugendverbandes. Die Kommissäre der Jugendgruppen des DFB drückten die Demonstration. Aus den Reihen des Thalheimer Bezirkes waren die Textilarbeiter und -arbeiterinnen zu Fuß oder auf Autos nach Thalheim gekommen. Die Chemnitzer Arbeiter nahmen einen Sonderzug. In allen Straßen, die von dem Demonstrationszug berührt wurden, bildete die Thalheimer Bevölkerung Spalier. Bei Eintritt der Delegierten wurden die Fahnen angezündet. Das vernarrte den imposanten Eindruck.

Die Verbandsbürokratie wollte nicht dulden, daß die von den Textilarbeitern mitgeführten Fahnen mit den Parolen der Arbeiterklasse im Zuge mitgeführt wurden. Selbst die Fahnen des kommunistischen Jugendverbandes wollte man aus dem Zuge entfernen. Ingegend so ein Sonie tief:

„Kommunistenfahnen dürfen nicht mitgeführt werden!“

Doch der Proteststurm der Arbeiterklasse verhinderte die Entfernung der Fahnen. Unter den vielen mitgeführten Parolen fiel besonders das der Filiale Hohenzollern-Grünthal auf, das ist:

gegen den Schlichtungsschwindel

Die Delegierten des Kongresses und die gesamte Arbeiterklasse hat durch die wichtige Demonstration zum Ausdruck gebracht, daß sie bereit sind, einen ersten Kampf um die Forderungen der Arbeiterklasse zu führen.

Die Kundgebungen am Abend in den größten Sälen von Thalheim waren überfüllt. Die verschiedenen Arbeiterorganisationen von Thalheim gaben ihr Bestes zur Ausgestaltung der Abendveranstaltungen.

Der Kongress

Schon in der Begrüßungsansprache deutete Jäckel vom Hauptvorstand des DFB, daß auf dem Kongress nicht die Fragen, die die Arbeiterklasse besonders interessieren, A. B. die Kampfpolitik der Gewerkschaften bei der Erringung des Achtstundentages und höherer Löhne usw., behandelt werden dürften, sondern daß die Konferenz nur die Aufgabe habe, den Delegierten Wissen zu übermitteln. Er schloß die Entwicklung des DFB unter besonderer Berücksichtigung der Wirker, Strider und Trifotagenarbeiter. Zum Schluß betonte er, die Delegierten mögen mit dafür sorgen, daß die politischen Auseinandersetzungen nicht in den Textilarbeiterverband hineingetragen werden. Er begrüßte besonders die anwesenden Vertreter der Regierung und Behörden, die deshalb eingeladen worden waren, um sie im Sinne der Arbeiterklasse zu beeinflussen. Seiner Meinung nach kann jeder höhere Beamte „viel für die Arbeiterklasse leisten“.

Nachdem der Bürgermeister Müller, der ein Bürgerlicher ist und nicht weiß, was man auf einem Kongress einer freien Gewerkschaft sagen soll und schon durch die Mißachtung des Beschlusses des Thalheimer Gemeinderates, das Rathaus rot zu beflaggen, bewiesen hatte, was Giftes Kind er ist, seine Begrüßungsrede gehalten hatte, kam der Oberregierungsrat Panofka zu Wort.

Das Arbeitsministerium hat ausgerechnet den sozialistischen Panofka, der den letzten Schiedsspruch für die lachende Textilindustrie gefälligst hatte, durch den die Arbeiter keine Lohnsteigerung erhalten haben, als Vertreter entsandt.

Nach ihm begrüßte Graunert vom Kommunisten Jugendrat den Kongress. Elegisch vom Besten aus dem Namen der sozialdemokratischen Landtagsabgeordnete Schreiber der amtierende kommunistische Landtagsabgeordnete Schreiber durfte den Kongress nicht befragen. Als viele Tische den Delegierten bekannt wurden, fiel das leicht bei den sozialdemokratischen Arbeiter Anwälten heraus, weil die reformistische Gewerkschaftsbürokratie bei der Vorbereitung des Kongresses behauptet hatte, es würde auch ein kommunistischer Reichstagsabgeordneter teilnehmen gegeben werden, zum achten Punkt der Tagesordnung zu sprechen, und nun durfte der Vertreter der proletarischen Partei den Kongress nicht einmal begrüßen!

Nach Eintritt in die Tagesordnung beantragte ein Redner der Opposition, die Referate über „Die Wirker in der Geschichte“ und über „Die Bedeutung der kommenden Reichstagswahlen“ abzusehen, damit der Kongress die Möglichkeit habe, zu den Fragen des Kampfes um Lohnsteigerung und den Achtstundentag ausführlicher Stellung nehmen zu können. Das wurde abgelehnt. Ebenso der Antrag des Kollegen Herold-Hohenzollern zum achten Tagesordnungspunkt, einem kommunistischen Reichstagsabgeordneten ein Korreferat halten zu lassen, und ein Antrag des Kollegen Scheib-Kimbach, einem oppositionellen Redner verlängerte Redezeit zu gewähren. Auf Vorschlag des Präsidiums wird dann beschlossen, einzelne Referate gemeinsam zu diskutieren.

Görner von Chemnitz hielt das erste Referat über

Die Wirkeri und Strideri in der Geschichte

Er schildert langsam die Entwicklung der Wirkeri und Strideri. Er sprach von den gefährlichen Strümpfen Pharaos, über die ersten Handwebereien des Papstes, bis zur Entwicklung der modernen Webereimaschine. So ein Referat ist ja ganz interessant, aber dazu braucht man nicht die Delegierten aus dem ganzen Reich zu einem Kongress zusammenzurufen. Diese Dinge kann man der gesamten Textilarbeiterklasse sehr gut einmal durch die Zeitung übermitteln. Das waren die Auffassungen der übertragenen Mehrheit der Delegierten, die sie in ihren persönlichen Gesprächen zum Ausdruck brachten. Ueber

Die Wirkeri und Strideri in der Weltwirtschaft

sprach Rödel. Er beschränkte sich auf die Schilderung der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise und führte einige Einzelheiten aus der deutschen Wirkerindustrie an.

So gehen die Marxhül-Frank-Sachs-Werte dazu über, die Geschäftsverhältnisse den einzelnen Arbeitern dadurch aufzuhalten, daß sie ihre Maschinen an die Arbeiter verpachten.

Rödel stellte die ungeheure Behauptung auf, daß die Heimindustrie in der Wirkeri besonders im Urgedichte deshalb so stark sei, weil es hier gewissermaßen „zum guten Ton gehöre, eine Strumpfmaschine im Hause zu haben“. Er benutzte kein Referat, um wieder einmal die amerikanischen Kapitalisten als Beispiel für die deutschen Unternehmer hinzustellen.

Feinhals vom Hauptvorstand sprach über:

Die Lohnbasis in der Wirkeri, Strideri und Trifotagenfabrikation Deutschlands

Nach den Tarifen beschrieb sich der Lohn der Hilfsarbeiter in der Wirkeri auf 62 bis 65 Pfennig pro Stunde, für Arbeiterinnen 40 bis 42 Pfennig. Im Afford kommen die gelehrten

Arbeiter von 59,8 Pfennig bis 104,5 Pfennig, die Arbeiterinnen auf 45 bis 62,3 Pfennig. Wenn Feinhals dann weiter anführt, daß die Lohnsteigerungen in den letzten drei Jahren in der Textilindustrie am höchsten gewesen sind, kann man ersehen, mit welchen Hungerlöhnen die Textilarbeiter in den letzten Jahren abgepeitscht wurden.

Feinhals verhielt sich nachzuweisen, daß Lohnkämpfe nicht durch Streiks erfolgreich gestaltet werden könnten. Sein ganzes Referat war darauf abgezielt, daß es Aufgabe des Verbandes sei, die staatlichen Schlichtungsinstanzen davon zu überzeugen, daß die Lohnsteigerungen in der Textilindustrie nicht nur im Interesse der Arbeiterklasse, sondern auch im Interesse der Unternehmer lägen, weil ja dadurch die Kaufkraft der Wähler gehoben und die Korridore der guten Konjunktur dadurch gesichert sei. Bis hier sind die Behörden allweil bereit gewesen, den Wünschen der Unternehmer Rechnung zu tragen, und er sollte sich nicht vorstellen, daß die Schlichter gar nicht einsehen wollen, daß Lohnsteigerungen notwendig sind. Für die Gelder zum Hauptvorstand gibt es keine Möglichkeit, eine Lohnsteigerung zu erkämpfen. Sie fordern, daß sich die Arbeiter immer dem Diktat der staatlichen Schlichter fügen.

Die Diskussion

In der Diskussion berichtete der Kollege Lindner, Apolda, darüber, daß in seinem Ort die Arbeiter, die den Mindestlohn nicht erreichen, tatsächlich entlassen werden. Er fordert für die Frauen die gleiche Bezahlung wie für die Arbeiter und Bezahlung der Schutzlosen für die Jugendlichen.

Der Genosse Hofmann wies nach, daß bei der Behandlung der Lohnfragen wie auch in allen anderen Fragen die Einleitung zur kapitalistischen Wirtschaft in der herrschenden Staatsform ausschlaggebend ist.

Wenn der Hauptvorstand sich für die heutige kapitalistische Kapitalpolitik einsetzt, ist er natürlich auch gezwungen, in allen Fragen und besonders auch in der Frage der Lohnkämpfe sich auf die Seite des kapitalistischen Staates, also des Rechtsinstrumentes der Unternehmer, zu stellen und somit auch die Schlichtungsdiktatur anzuerkennen.

Die Besonnenheit und ganz besonders der mitteldeutsche Reichsarbeiterkampf beweisen, daß die Forderungen der Arbeiter auf höhere Löhne nur im härtesten Kampf gegen den Schlichtungsschwindel erreicht sein können.

Als wir in unserem Bezirk den Lohnkampf auch gegen den verbindlich erklärten Schiedsspruch geführt haben, sind uns die Verbandsinstanzen in den Rücken gefallen und darum konnten wir nicht einen vollen Erfolg erringen.

Es ist falsch wenn unter Verbandsvorstand sich soll und ganz für die kapitalistische Rationalisierung mit allen ihren Auswirkungen einsetzt. Für die kommenden Lohnkämpfe müssen Kampfbündnisse hergestellt werden. Der Genosse Hofmann brachte dann folgende Resolution ein:

„Da in den wichtigsten Wirker, Strider- und Trifotagenbezirken die Lohnlöhne mit dem 31. 10. 28 abnahmen, beauftragt der Kongress den Verbandsvorstand, die in Frage kommenden Instanzen des DFB zu beauftragen, sozialistische Lohnforderungen an die Unternehmer einzureichen und bei Ablehnung derselben die Textilarbeiterklasse zum Kampf aufzurufen.“

In einer weiteren Resolution, die sich gegen das Schlichtungswesen richtet, wird vom Verbandsvorstand gefordert:

Die Zwangsschiedsprüche nicht anzuerkennen und den Kampf zu führen trotz verbindlicher Schiedsprüche.

Mit allen Mitteln den Kampf zu führen für die Streik- und Konfliktfreiheit.

Die Arbeiterklasse aufzurufen zum Kampf gegen das ganze Regime des Bürgerblocks.

Von der SPD- und SPD-Reichstagsfraktion zu fordern, sich im Reichstag für die Aufhebung der Schlichtungsordnung einzusetzen.

Außerdem kamen noch ein Kollege aus Mühlhausen, Burg und Württemberg zu Wort, die zum Teil einen energischen Kampf gegen das Schlichtungswesen forderten.

In seinem Schlusswort verhielt sich Feinhals eine Kommunistenbegeisterung, er erwiderte seinen Zuhörern nicht.

Er betonte nochmals ausdrücklich, daß der Verbandsvorstand für das herrschende Schlichtungswesen sei. Das Schlichtungswesen ohne die Möglichkeit, Zwang auszuüben, sei ein Weiser ohne Schwelbe.

Wenn der Verband widerständische Lohnforderungen durchführte, würden sich die Arbeiter dann nicht wundern, wenn die Unternehmer in Zeiten der Krisen sich ebenfalls nicht an die Tarife hielten. Als ob die Unternehmer heute zahllos wären und noch niemals einen Lohnnachbau durchgeführt hätten. Da die eingehenden Anträge bestimmt von der Mehrheit angenommen worden wären, liegt man darüber nicht abstimmen, sondern sie wurden dem Hauptvorstand als Material überreicht.

Am Sonntag sprach als erstes Referent Schrader vom Hauptvorstand über

Der bevorstehende Kampf der Wirker, Strider und Trifotagenarbeiter um den Achtstundentag

Er stellte in den Vordergrund, daß in größerem Umfange in Deutschland der Achtstundentag durch die Arbeitergemeinschaft vor Feindhandlung des Krieges aufzuheben gekommen sei. Mit freudiger Offenheit stellte er fest, daß die Unternehmer damals den Achtstundentag bewilligt haben.

weil sie die gesamte kapitalistische Weltwirtschaft vor dem Ansturm der revolutionären Arbeitermassen schützen wollten und die Gewerkschaften dem Unternehmertum hilflos zur Seite getreten sind. Er beklagte sich darüber, daß die Unternehmer oder den Fall bezüglich des Achtstundentages nicht gehalten haben.

Er mußte zugaben, daß schon durch die Verordnung der Volksbeauftragten der Achtstundentag wieder ziemlich liquidiert worden sei. Nachdem er das Washingtoner Abkommen ausführlich behandelt hatte und wuscherte, daß es doch nun bald, wenigstens von Deutschland, ratifiziert werde, berichtete er über die durch die Tarife festgelegte Arbeitszeit in der Textilindustrie.

In der Wirkeri wird durch die Tarife die 51. bis 54. Stundenwoche festgelegt.

Auch er beklagte sich über die Schlichter, die selbst in den Zeiten der größten Gewerkschaftsaktivität Schiedsprüche von 51 Stunden gefällt haben. Dann behauptete Schrader ganz frech, daß an der Heberstundenwirtschaft die Arbeiterklasse selbst schuld ist, weil in einigen Betrieben die Arbeiter selbst über die tariflich festgelegte Arbeitszeit arbeiten. Dann bekannte er, daß

nur das „Verständnis der Arbeiterführer“ dazu beigetragen habe, daß die deutsche Textilindustrie auf ihre heutige Höhe gebracht werden konnte.

Er beneide nicht die Unternehmer um ihre hohen Profite, sondern er fordert nur, daß die Arbeiterklasse durch härtere Arbeitszeit daran beteiligt werde. Dann legte er eine Entschädigung vor, die die Forderung des Hamburger Verbandstages erneut bekräftigt.

Ueber den Kampf der Arbeiterinnen um Sonderlohn, Gleichbewertung und Gleichberechtigung

sprach Elise Kiewera. Sie schilderte erschreckende Beispiele über die gesundheitschädigende Wirkung der Textilarbeit auf Frauen. Selbst in den Thalheimer Betrieben hat sie festgestellt, daß die Einrichtung nicht im geringsten den Gesundheitsbedürfnissen der Arbeiterinnen entsprechen. Selbst bei vielen Kindern läßt sich schon die Einwirkung der Frauenarbeit auf die vielen Generationen feststellen, da den Kindern schon dieselbe vorgebeugte Haltung der Arbeiterinnen eigen ist. Auch sie kennt nur den einen „Ausweg“: mehr Verhandlung der staatlichen Schlichter für die Forderungen der Arbeiter. Sie erinnert daran, daß ja durch die Schlichtungsordnung die Schlichter verpflichtet seien, nach „billigen und gerechtem Ermessen“ zu entscheiden. Sie forderte von der „Beleggebung“, daß die Sonderprofite, die die Unternehmer aus der Frauenarbeit durch die niedrigen Löhne der Frauen erzielen, weggenommen werden müssen, um sie im Interesse des Frauen- und Jugendstudiums anzuwenden.

Der Genosse Hofmann sprach in der Diskussion vom Kampf um den Achtstundentag. Er erinnerte daran, daß die reformistische Führer die Arbeiterklasse schon sehr lange auf die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens vertrieben. 1918 hatten die Arbeiter die politische Macht erobert, hat auf der heutigen Tagung offen ausgegeben, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer den Kapitalisten gehalten haben, ihre wirtschaftliche Macht behalten zu können und somit auch gleichzeitig den Achtstundentag preisgegeben haben. Selbst die MacDonald-Regierung, die von den Sozialdemokraten als die Regierung des „konstruktiven Sozialismus“ bezeichnet worden ist, hat das Washingtoner Abkommen nicht ratifiziert, obwohl darin nicht einmal der reine Achtstundentag festgelegt ist. Heute hat gerade die englische Regierung die Ratifizierung des Abkommens ganz entschieden abgelehnt.

Die Arbeiterklasse kann nur durch den Kampf den Achtstundentag erringen

Die Schlichtungsinstanzen werden immer auf Seiten der Unternehmer stehen, weil sie ja die Beauftragten des kapitalistischen Staates sind.

Ein Skandal ist es aber, daß Sozialisten, die als Schlichter der Arbeiterklasse die 51-Stundenwoche aufzubrechen, gleichzeitig noch Mitglieder der freien Gewerkschaften sein können. Die Gewerkschaften müssen von den Sozialisten getrennt werden.

Der Hauptvorstand hat gerade gestern durch das brutale Entwerfen der Plakate aus der Demonstration, die sich gegen den Schlichtungsschwindel und für die Reinigung der Gewerkschaften von den Sozialisten richteten, bewiesen, daß er nicht einen energischen Kampf um den Achtstundentag führen will. Als wir im Thalheimer Bezirk einen energischen Kampf für den Achtstundentag durchführten, wurden wir von den Verbandsinstanzen gezwungen, wieder in die Betriebe zu gehen. Der Genosse Hofmann brachte folgenden Antrag ein:

„Der Kongress beauftragt den Verbandsvorstand, alle Verbandsvertreter anzuweisen, daß keinem Abkommen zugestimmt werden darf, in dem nicht in sozialistischer Weise der maximale Achtstundentag festgelegt ist.“

Nachdem zwei Kolleginnen zur Vertretung Stellung genommen hatten, kam noch der Angehörige von Berlin, Bogal, und Feinhals vom Hauptvorstand zum Wort, die die kleinsten Äußerungen über die Opposition bezappten.

Im Schlußwort stellte Schrader nochmals die Forderung auf, der Hauptvorstand sollte alles zur Erringung des Achtstundentages setzen, aber die Arbeiter wären nicht bereit, dafür zu kämpfen, obwohl durch die Demonstration und durch die Ausführungen des Genossen Hofmann gerade das Gegenteil bewiesen wurde.

Die Resolution der Opposition empfahl der Hauptvorstand abzulehnen, „weil sie dem Sinn und den Aufgaben des Kongresses nicht entspreche“.

Ueber das Zusammenwirken des DFB mit der Arbeiterpartei sprach Dreißel Wirkung vom Arbeiter-Turn- und Sportbund, Berlin, unterstreicht seine Ausführungen. Der DFB ist der erste Verband, der auf seiner Tagung über die Sportfrage sprach. Er hofft, daß andere Verbände dieses Beispiel nachahmen.

Genosse Köhler führte in der Diskussion an, daß der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Graumann, der das letzte Referat auf dem Kongress hatte, Mitglied des Vorstandes des bürgerlichen „Roten Kreuzes“ ist.

Die Bedeutung der bevorstehenden Reichstagswahlen

laute das Thema, über das Peter Graumann sprach. Die Reichstagswahl des Genossen Köhler war ihm sehr unangenehm und er hielt eine

eine lange Verteidigungsrede,

in der er ausführte, daß der Bundesvorstand des DFB und des Arbeiter-Samariterbundes damit einverstanden seien, daß er Mitglied im Vorstand des Roten Kreuzes ist.

Das Referat Graumanns sollte eine Wahlpropaganda für die SPD werden. Auf Grund der Stimmung der Konferenz und der Anwesenheit einer starken Gruppe der Opposition war er gezwungen, seinem Referat einen laienhaften Anstrich zu geben. Es ist ihm aber trotzdem nicht gelungen, die Delegierten davon zu überzeugen, daß die Politik der SPD im Interesse der Arbeiterklasse liege. Man merkte keinen Ausdrucks zu sehr an, daß die ursprüngliche Disposition für seine Rede eine wüste Kommunistenbegeisterung enthielt und erst durch den Verlauf des Kongresses gezwungen wurde, sich umzustellen.

Der anwesende kommunistische Reichstagsabgeordnete Reddermeter erhielt das Wort nicht. Der Hauptvorstand verhinderte mit seiner brutalen Diktatur eine Aussprache. Er hatte wohl nach dem jämmerlichen Referat Graumanns auch offen Grund dazu. Aus der geplanten Wahlpropaganda für die SPD ist nichts geworden.

Der Hauptvorstand legte eine Resolution vor, die inhaltlich den Inhalt der Konferenz zum Ausdruck brachte. In ihr wird wohlwollend die Entwicklung und die Rationalisierung in der Textilindustrie festgestellt und

als einzige Maßnahmen „Untersuchungen“ und „im Interesse der Rationalisierung der Industrie“ der Achtstundentag gefordert. Sie enthält kein Wort über die zu ergriffenden Kampfmaßnahmen zur Erringung des Achtstundentages und höherer Löhne, kein Wort gegen die Schlichtungsdiktatur der Unternehmer, kein Wort über die Einleitung des Kampfes gegen die Ausweklungen der kapitalistischen Rationalisierung.

Trotzdem wird sie von der Mehrheit des Kongresses angenommen. Der Genosse Hofmann, der zur Abstimmung eine Erklärung abgeben wollte, erhält das Wort nicht.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß der Kongress und besonders die Demonstration den Beweis erbracht haben, daß die Opposition auch im DFB marschiert. Die Kommunisten werden im Verband weiter dafür wirken, die Erkenntnis, daß die reformistische Politik die Arbeiterklasse nur immer weiter in das Elend führt und nur der revolutionäre Klassenkampf den Sieg erringt, auch dem letzten Textilarbeiter zu übermitteln.